

Landesrat Achleitner: Neue Bundes-Arbeitsgruppe muss rasch Anreize für längeres Arbeiten in der Pension vorlegen

Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner: „Alle Bundesländer unterstützen OÖ-Modell für abgabenfreien Zuverdienst in der Pension – heute beschlossene Arbeitsgruppe mit Bundesministern soll jetzt für rasche Umsetzung sorgen“

„Im Rahmen der Regierungsklausur wurde heute zumindest die Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit den drei zuständigen Bundesministern Martin Kocher, Magnus Brunner und Johannes Rauch beschlossen, die insbesondere konkrete Anreize für längeres Arbeiten in der Pension vorlegen soll. Es ist hier höchste Zeit für Ergebnisse, denn unser ‚Oberösterreich-Modell‘ für einen abgabenfreien Zuverdienst in der Regelpension liegt schon längst auf dem Tisch. Alle Bundesländer unterstützen über die Parteigrenzen hinweg dieses Modell, dazu hat es einen einstimmigen Beschluss der Landesarbeitsreferent/innen-Konferenz am 2. Dezember 2022 gegeben“, stellt Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner zu den heute präsentierten Ergebnissen der Bundesregierungsklausur in Mauerbach fest.

„Alleine in Oberösterreich hat es Ende Dezember rund 30.000 offene Stellen gegeben. Der tatsächliche Arbeits- und Fachkräftebedarf dürfte aber sogar doppelt so hoch sein, weil viele Betriebe ihre offenen Stellen nicht beim AMS melden“, unterstreicht Landesrat Achleitner die Notwendigkeit, zusätzliche Arbeitskräfte aus den Reihen der Alterspensionistinnen und -pensionisten zu gewinnen. *„Die Gefahr einer Verdrängung von jüngeren Arbeitskräften durch ältere Arbeitnehmer/innen kann daher angesichts des aktuellen Arbeits- und Fachkräftebedarfs, der sich durch die demografische Entwicklung weiter erhöhen wird, ausgeschlossen werden“*, bekräftigt Landesrat Achleitner.

„Eine von mir in Auftrag gegebene MARKET-Studie hat ergeben, dass durch steuer- und abgabenrechtliche Begünstigungen das Interesse an einem Weiterarbeiten in der Alterspension von 6 % auf 39 % steigen würde. Alleine in Oberösterreich könnte so die Vollzeit-Arbeitsleistung von 9.000 Arbeitskräften zusätzlich gewonnen werden. Das würde rund 26.000 zusätzliche Beschäftigte für Oberösterreichs Betriebe bedeuten“, hebt Landesrat Achleitner hervor. Das „Oberösterreich-Modell“ sieht vor, dass für das Weiterarbeiten in der Pension nur noch der Krankenversicherungsbeitrag bezahlt werden müssen, Lohnsteuer,

Pensionsversicherungsbeiträge und andere Abgaben sollen hingegen entfallen. *„Über die konkrete Ausgestaltung der Anreize kann natürlich noch diskutiert werden. Wichtig ist jedoch, dass es tatsächlich finanziell attraktiv werden muss, in der Pension weiterzuarbeiten“*, betont Landesrat Achleitner.

„Die Vorteile des ‚Oberösterreich-Modells‘ liegen jedenfalls auf der Hand: Die Betriebe erhalten zusätzliche Beschäftigte, zugleich kann die Erfahrung und das Know-how Älterer weiter genutzt werden. Für die öffentliche Hand wiederum würde es keine Einbußen bringen, weil diese Pensionistinnen und Pensionisten ansonsten ohnehin nicht arbeiten würden. Vielmehr wäre sogar ein zusätzliches Steueraufkommen zu erwarten, das sich aus der höheren Produktivität der Unternehmen ergeben würde. Darüber hinaus ist diese Maßnahme auch schnell umsetzbar“, erläutert Landesrat Achleitner. *„Es liegt nun an den Koalitionspartnern auf Bundesebene, hier rasch Ergebnisse zu liefern“*, stellt Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner klar.

Rückfragen-Kontakt:

Michael Herb, MSc, Presse LR Achleitner
(+43 732) 77 20-151 03, (+43 664) 600 72 151 03, michael.herb@ooe.gv.at